

STELLUNGNAHME

der

ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e. V.

zum

**Referentenentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung
des strafrechtlichen Schutzes des Gemeinwesens**

vom 22. Januar 2026

A. Vorbemerkung

Wir begrüßen ausdrücklich das Vorhaben des Gesetzgebers, den strafrechtlichen Schutz für Menschen, die für das Gemeinwohl tätig sind, auszuweiten. Hierdurch werden bestehende strafrechtliche Schutzlücken geschlossen. Insbesondere befürworten wir die Einführung eines neuen Straftatbestandes in § 116 StGB-E, der ausdrücklich auch die Behinderung der beruflichen Tätigkeit von Apothekerinnen und Apothekern sowie des in Apotheken tätigen Personals durch Gewalt unter Strafe stellt.

Im Zusammenhang mit § 116 StGB-E begrüßen wir zudem ausdrücklich das vorgesehene Strafmaß von drei Monaten bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe und damit den Verzicht auf die Möglichkeit der Verhängung einer Geldstrafe.

B. Erweiterung des Straftatbestandes

Die Apothekerschaft beschäftigt zudem seit längerer Zeit das Thema belästigender Anrufe gegenüber Apothekerinnen und Apothekern insbesondere in den Zeiten des Notdienstes, die mehrheitlich sexuell und politisch motivierte Inhalte zeigen. Entsprechend wurde auf dem Deutschen Apothekertag 2022 ein Antrag angenommen, um Maßnahmen zum Schutz von notdiensthabenden Apothekerinnen und Apothekern vor belästigenden Anrufen zu ergreifen. Neben dem psychischen Leid der Betroffenen, welches aus den Angriffen erwächst wird ebenso die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens stark beeinträchtigt. Die überwiegende Anzahl der registrierten Fälle ließe eine Strafverfolgung jedoch erfolglos bleiben, da die belästigenden Anrufe die bereits bestehenden Straftatbestände – auch unter Zugrundelegung des neuen § 116 StGB-E - nicht verwirklichen.

Um dem Schutz der betroffenen Personen gerecht zu werden, wurde bereits die Studie der Diskriminierungsbeauftragten des Bundes zum Thema „Diskriminierung im Gesundheitsbereich“ zum Anlass genommen, auf das Erfordernis geeigneter Maßnahmen hinzuweisen.

Wir regen daher an, den strafrechtlichen Schutz auch auf Fälle der sexuellen Belästigung von im Gemeinwesen tätigen Personen zu erweitern.